

**Patriarch Gabriel
gestorben**

Die Mai-Nummer der russisch-orthodoxen Zeitschrift „Prawoslawnaja Rusj“ bringt die Nachricht vom Tode des serbischen Patriarchen Gabriel (Doshitsch) im 68. Lebensjahr. Patriarch Gabriel, unter dessen Leitung die serbisch-orthodoxe Kirche seit dem Jahre 1937 stand, wurde als entschiedener Gegner der deutschen Okkupation unmittelbar nach der Besetzung Jugoslawiens im April 1941 verhaftet. Nach dem Kriege lebte er zunächst in London. Als Anhänger der jugoslawischen Königsfamilie verzichtete er auf die erneute Übernahme des Patriarchats im kommunistischen Staat. Aus dem Ausland richtete er ein in scharfen Wendungen abgefaßtes Sendschreiben gegen die Bedrückung der Religionsgemeinschaften durch das

Tito-Regime. Seine unerwartete Rückkehr im November 1946 vermochte die Lage nicht zu bessern. Dank seiner bestimmten Haltung bewahrte sich jedoch die serbisch-orthodoxe Kirche eine verhältnismäßig unabhängige Stellung ihres inneren Lebens (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, H. 7, S. 309 f.). Auch die Unabhängigkeit von der Moskauer Patriarchatskirche wurde im wesentlichen durch das Auftreten des Patriarchen Gabriel gewahrt. Mit Tito vermied er den offenen Bruch. Eine Zusammenarbeit mit dem Staat befürwortete er jedoch nur, insoweit diese unter Beachtung der christlichen Grundsätze möglich ist. Der von den Kommunisten organisierten „Liga serbischer Geistlicher“ versagte er entschieden die Anerkennung.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Der Papst über Fragen der Sozial- und Wirtschaftsordnung, über das Mitbestimmungsrecht und das Arbeitslosenproblem

Der Heilige Vater hat am 3. Juni die Teilnehmer des Internationalen Kongresses für Sozialwissenschaften, der vom Internationalen Institut für Sozialwissenschaften und Politik in Freiburg/Schweiz veranstaltet worden ist, und die Teilnehmer am Kongreß der Internationalen Christlich-Sozialen Vereinigung in einer Sonderaudienz empfangen und vor dieser Zuhörerschaft eine Ansprache gehalten, in der die sozialen Probleme der Gegenwart, darunter auch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, zur Sprache gekommen sind. Die Ansprache hatte folgenden Wortlaut:

Aufruf zum Zusammenschluß

Wir entbieten Ihnen den Willkommgruß, Teilnehmer des Internationalen Kongresses der Sozialwissenschaften und der Internationalen Christlich-Sozialen Vereinigung. Eine ganz besondere Freude ist es Uns, Sie im Heiligen Jahr hier zu begrüßen. Dieses Zusammentreffen ist mehr als ein bloßer glücklicher Zufall; von Ihrer Seite bedeutet es die Bekundung Ihrer Aufgeschlossenheit; für Uns begründet es die frohe Zuversicht, daß Ihre Überlegungen und Entschlüsse in großem Maße dazu beitragen werden, jene schönen Früchte reifen zu lassen, die Wir Uns von diesem Jahr allgemeiner Rückkehr und Versöhnung versprechen: Erneuerung und Entfaltung des Geistes der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens in der großen menschlichen Gemeinschaft.

Im Mangel oder im Niedergang dieses Geistes muß man ja in der Tat eine der wichtigsten Ursachen der Übel erkennen, an denen in der modernen Gesellschaft Millionen von Menschen leiden, jene ungeheuer große Zahl unglücklicher Menschen, die die *Arbeitslosigkeit* dem Hunger überantwortet oder zur Überantworten droht. Auf das Elend und die Entmutigung dieser Arbeitslosen spekuliert der Geist des Bösen, um sie abzuwenden von Christus, dem wahren und einzigen Heiland. Statt dessen will er sie stürzen in den Strudel des Atheismus und Materialismus und verstricken in die Mechanismen sozialer Gebilde, die im Widerspruch stehen mit der von Gott gewollten Ord-

nung. Geblendet vom Glanz schöner Versprechungen, von kühn behaupteten, aber nicht nachprüfbaren Erfolgen, erliegen diese Unglücklichen leicht der Versuchung, bequemen Illusionen sich hinzugeben, die notwendig in neuen und furchtbaren sozialen Katastrophen enden müssen. Wie wird die rauhe Wirklichkeit sie aus so schönen Wunschträumen erwachen lassen!

Nur der Zusammenschluß aller wohlmeinenden Menschen der ganzen Welt zu einer weit ausgreifenden, aufrichtig und in voller Einmütigkeit unternommenen Aktion kann Abhilfe bringen. Fort mit diesen Scheuklappen, die das Gesichtsfeld einengen und das umfassende Problem der Arbeitslosigkeit darauf beschränken, daß es sich einfach um eine bessere Verteilung der verfügbaren menschlichen Arbeitskräfte auf der Welt handle!

Scharf, aber ohne Verengung des Blickfeldes, gilt es die verpflichtende Aufgabe ins Auge zu fassen: zahllosen *Familien* in ihrer naturhaften, sittlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit einen gerechten Lebensraum zu gewährleisten, der, wenn auch nur in bescheidenem, so doch wenigstens hinlänglichem Ausmaß den Anforderungen der Menschenwürde Genüge tut.

Fort mit allen selbstsüchtigen nationalen oder klassenbedingten Eigenbröteleien! Sie am allerwenigsten dürfen ein Hindernis bilden für eine aufrichtig zu unternehmende und kraftvoll durchzuführende Aktion, zu der es gilt, alle Kräfte und alle Möglichkeiten sich zusammenfinden, alle Entschlußkraft und alle Anstrengungen der Einzelmenschen und ihrer verschiedenen Gruppen zusammenwirken zu lassen, alle Völker und Staaten zusammenzufassen. Jeder hat dazu seinen besonderen Beitrag zu leisten: Rohstoffe, Kapital oder Arbeitskraft. Alle an dieser gemeinsamen Anstrengung Beteiligten sollten schließlich auch den Beitrag würdigen, den die Kirche dazu leistet.

Das ist das große soziale Anliegen, das zur gegenwärtigen Stunde am Scheideweg uns entgegentritt. Bringe man es doch auf den Weg zu einer glücklichen Lösung, sei es auch unter Verzicht auf materielle Interessen und um den Preis von Opfern, an denen alle Glieder der großen

Menschheitsfamilie sich beteiligen müssen. Auf diese Weise wird man eine der beängstigendsten Spannungen der internationalen Lage beheben, die mehr als andere heute den zehrenden „kalten Krieg“ nährt und morgen den unvergleichlich verheerenderen heißen, den heißglühenden Krieg ausbrechen lassen kann.

Das Problem der Arbeitslosigkeit

Wer in den alten Industrieländern der Meinung wäre, es ginge heute wie vor einem Jahrhundert oder vor einem Halbjahrhundert immer noch nur darum, dem von feudalen oder patriarchalischen Bindungen befreiten Lohnarbeiter neben der rechtlichen (formalen) Freiheit auch die tatsächliche (reale) Freiheit zu sichern, der bewiese damit nur, wie weit er hinter der Entwicklung zurück ist. Eine solche Auffassung verriete ein völliges Verkennen der Kernfrage von heute. In der Mehrzahl dieser Länder hat sich, vielfach unter dem maßgeblichen Einfluß der katholisch-sozialen Bewegung, bereits seit Jahrzehnten eine Sozialpolitik entwickelt, die gekennzeichnet ist durch den fortschreitenden Ausbau des Arbeitsrechts und dementsprechend durch Unterwerfung des privaten Eigentümers von Produktionsmitteln unter gesetzliche Bindungen zugunsten der Arbeiterschaft. Wer diese Sozialpolitik in derselben Richtung weiter vorantreiben will, stößt auf eine Grenze. Diese Grenze liegt dort, wo die Gefahr sich erhebt, daß jetzt die Arbeiterschaft in den gleichen Fehler fällt wie seinerzeit das Kapital. Der Fehler bestand darin, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel — namentlich in den Groß- und Riesenunternehmungen — der persönlichen Verantwortlichkeit des privaten Eigentümers (sei dieser ein einzelner, sei es eine Personengemeinschaft) zu entziehen, um sie anonymen kollektiven Formen der Verantwortlichkeit zu überantworten.

Sozialistisches Denken kann sich mit einer solchen Gestaltung sehr wohl befreunden. Beunruhigen aber muß sie denjenigen, der darum weiß, welch grundlegende Bedeutung dem Recht auf Eigentum zukommt, um in der Wirtschaft die Entschlußfreudigkeit zu selbständigem Handeln zu wecken und die Verantwortungsbereiche klar zu umschreiben.

Das Mitbestimmungsrecht

Eine ähnliche Gefahr droht nicht minder dann, wenn man für die im Lohnarbeitsverhältnis stehende Belegschaft des Betriebes das Recht auf wirtschaftliche Mitbestimmung (co-gestion économique) in Anspruch nimmt, namentlich dann, wenn die Ausübung dieses Rechtes tatsächlich unmittelbar unter maßgeblichem Einfluß von Organisationen steht, die von außerhalb des Betriebes ihre Befehle empfangen. Nun aber ziehen weder die Natur des Lohnarbeitsvertrages noch die Natur des Betriebes von sich aus notwendig ein solches Recht nach sich. Unbestreitbar ist der Lohnarbeiter in gleicher Weise wie der Arbeitgeber Subjekt und nicht Objekt der Volkswirtschaft. Diese Gleichheit steht außer jeder Erörterung. Bereits die bisherige Sozialpolitik hat sie grundsätzlich zur Geltung gebracht; eine auf berufsständischer Grundlage aufbauende Politik (politique organisée sur le plan professionnel) würde sie noch wirksamer zur Geltung bringen. Die privatrechtlichen Rechtsbeziehungen, wie sie im einfachen Lohnarbeitsvertrag geordnet sind, enthalten nichts, was dieser grundlegenden Gleichheit widersprechen würde. Die Weisheit Unseres Vorgängers, Pius' XI., hat

das in seiner Enzyklika „Quadragesimo anno“ klar aufgewiesen; folgerecht bestreitet er dort, daß eine innere Notwendigkeit bestehe, den Lohnarbeitsvertrag zum Gesellschaftsvertrag umzubilden. Das bedeutet keine Unterschätzung des Nutzens aller jener Maßnahmen (de ce qui a été jusqu'ici réalisé), die nach dieser Richtung hin auf verschiedene Art und Weise bisher schon ergriffen wurden zum beiderseitigen Vorteil der Arbeiter und der Eigentümer (Acta Ap. Sedis, vol. 23, pag. 199, Enz. Q. a. nn. 64/65); aber aus Gründen grundsätzlicher und tatsächlicher Art liegt das beanspruchte Recht auf wirtschaftliche Mitbestimmung (le droit de co-gestion économique, que l'on demande) außerhalb des Rahmens dieser möglichen Maßnahmen (hors du champ de ces possibles réalisations).

Wiederherstellung normaler Produktivität

Das Mißliche an dieser Angelegenheit ist, daß sie das wichtigste und dringlichste Anliegen aus dem Auge verlieren lassen, das wie ein Alpdruck gerade auf den alten Industrieländern lastet. Wir meinen die unmittelbar und immerdar drohende Arbeitslosigkeit, die Aufgabe der Wiederherstellung und Sicherung gesunder wirtschaftlicher Ergiebigkeit, jener wirtschaftlichen Ergiebigkeit nämlich, die von ihrem Ursprung wie von ihrer Zielrichtung her im engsten Verbunde steht mit der Würde und dem Wohlergehen der Familie als sittlicher, rechtlicher und wirtschaftlicher Einheit.

Was aber die erst heute in der Industrialisierung begriffenen Gebiete betrifft, so können wir die Bemühungen der kirchlichen Oberhirten nur belobigen, die sich zum Ziele setzen, den Bevölkerungen, die bisher unter einem patriarchalen oder gar feudalen Regime lebten, vor allem dort, wo Bevölkerungsmassen bunt zusammengewürfelt wurden, die Wiederholung der verabscheuungswürdigen Unterlassungssünden zu ersparen, deren der wirtschaftliche Liberalismus im letzten Jahrhundert sich schuldig gemacht hat. Eine der kirchlichen Lehre entsprechende Sozialpolitik, getragen von Organisationen, die die wirtschaftlichen und geistigen Interessen der Völker sicherstellen und den gegenwärtigen Lebensbedingungen angepaßt sind: eine solche Politik müßte auf die Unterstützung aller echten Katholiken ohne jede Ausnahme zählen können.

Aber auch im Falle solcher Neuentstehung von Industrien bleibt das Anliegen in seiner ganzen Größe bestehen, und die Frage stellt sich auch hier: tragen diese neuen Industrien zur Wiederherstellung und Sicherung gesunder Ergiebigkeit der Volkswirtschaft bei oder nicht? Werden sie am Ende nur die Zahl jener Industrien vermehren, die immer neuen Krisen ausgesetzt sind? Sodann aber: was geschieht, um den inneren Markt zu sichern und zu entwickeln, dessen Ergiebigkeit der Stärke der Bevölkerung und der Vielfalt ihrer Bedürfnisse entspricht, wenn die Anlage von Kapitalien ausschließlich vom Anreiz vorübergehender Gewinnaussichten gelenkt wird oder eitle Selbstgefälligkeit nationaler Prestigerücksichten die wirtschaftspolitischen Entscheidungen bestimmt?

Mit Übereifer hat man sich auf die Massenfertigung, auf die Ausbeutung der Bodenkräfte und Bodenschätze bis zu ihrer Erschöpfung gestürzt; mit allzu rücksichtsloser Härte hat man Landbevölkerung und Landwirtschaft diesen Zielsetzungen geopfert. Ebenso blind ist das geradezu abergläubische Vertrauen auf den Mechanismus

des Weltmarktes zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts wie auch der Glaube an einen Versorgungsstaat, der jedem seiner Bürger für alle Wechselfälle des Lebens Ansprüche auf letzten Endes unerfüllbare Leistungen gewähren soll.

Angesichts der Dringlichkeit der Aufgabe, innerhalb der gesellschaftlichen Wirtschaft die Gütererzeugung auf einen Verbrauch auszurichten, der in vernünftiger Weise den Bedürfnissen und der Würde des Menschen entspricht, steht die Frage nach Gestaltung und Aufbau dieser Wirtschaft im Bereich der Gütererzeugung heute obenan. Ihre Lösung ist weder zu finden bei einer rein positivistischen, auf der neu-kantianischen Kritik aufbauenden Theorie

der „Marktgesetze“ noch bei dem ebenso gekünstelten Formalismus einer „Vollbeschäftigung“. Hier liegt die Aufgabe, auf die nach Unserm Wunsch Theoretiker und Praktiker der katholisch-sozialen Bewegung ihre Aufmerksamkeit lenken und ihre Anstrengungen vereinigen sollten.

Zum Unterpfand des väterlichen Wohlwollens, das Wir Ihnen Forschungen und Arbeiten entgegenbringen, die unter dem Schutz des Heiligen Geistes stehen mögen, dessen Gnadenfülle Wir für Sie erbitten, spenden Wir Ihnen von ganzem Herzen, Ihnen und allen katholischen Sozialwissenschaftlern, aus überströmendem Herzen den Apostolischen Segen.

Die Kirche in den Ländern

Brief aus Holland

Katholiken und Protestanten

Das Verhältnis der beiden Konfessionen in den Niederlanden ist kaum zu verstehen, wenn man nicht auch die historische und bevölkerungsmäßige Entwicklung des katholischen und protestantischen Teils des holländischen Volkes mit in Betracht zieht. Die Geschichte Hollands brachte es mit sich, daß die beiden Konfessionen sehr lange ziemlich scharf getrennt voneinander lebten, wobei es wohl heute auch den Protestanten deutlich ist, daß die Katholiken bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts in der Ausübung ihres Glaubens und in ihrer staatsbürgerlichen Stellung stark eingeschränkt leben mußten. Erst die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte die Emanzipation des Katholizismus, die erst in diesen Jahrzehnten zu einem gewissen Abschluß kommt. Bis zum zweiten Weltkrieg und in mancher Hinsicht auch nachher erfuhr das klar abgegrenzte Nebeneinander von Katholiken und Protestanten durch diese Emanzipation jedoch keine wesentliche Änderung. Dabei ist für die Stellung des Katholizismus in Holland von entscheidender Bedeutung, daß die katholische Bevölkerung in stärkerem Maße und beständig zunimmt. Die letzten amtlichen Zahlen, die im August 1949 veröffentlicht wurden, ergeben nunmehr, daß die Katholiken 38,5 % des holländischen Volkes darstellen gegen 36,4 % im Jahre 1930, daß aber der Prozentsatz der Katholiken unter der Jugend schon ein gutes Stück über 40 % liegt wegen der höheren Kinderzahl unter den Katholiken. Weil die holländischen Katholiken jahrhundertlang in der Verteidigungsstellung und in der Diaspora sich halten mußten, wuchsen sie zu einer festen Einheit zusammen, die sie in der Emanzipation nicht aufgaben. So konnten sie gegenüber der weitgehenden Zersplitterung der Protestanten auf religiösem und auch politischem Gebiet die große Bedeutung erlangen, die u. a. auch zur Folge hatte, daß die Katholische Volkspartei die stärkste Partei des Landes ist.

Das Verhältnis der beiden Religionen wird wesentlich durch den Charakter des protestantischen Teils bestimmt, der überwiegend auf dem Boden des Calvinismus steht. Dies ist der Fall nicht nur bei den streng Reformierten, sondern gilt auch von der offiziellen Landeskirche, der „Nederlands Hervormde Kerk“. Dadurch ist der Ab-

stand von den Katholiken größer als bei den Protestanten lutherischen Bekenntnisses. Man kann nun nicht sagen, daß, wie in Deutschland, der Widerstand der Kirchen gegen den Nationalsozialismus eine größere Annäherung der Gläubigen beider Konfessionen mit sich gebracht hätte, obwohl sich zuweilen eine wirkliche geschlossene Front gegen die Maßnahmen der Besatzung bildete. Doch sind deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß man das Bedürfnis verspürt, den anderen Teil besser und genauer als bisher kennen zu lernen. Dies hat zur Folge, daß die ökumenische Frage, um es gleichzeitig symbolisch auszudrücken, weniger im gemeinsamen Gebet als in der theologischen Diskussion zum Ausdruck kommt. Dieses neue Interesse der Katholiken für das Wesen des Protestantismus und der Protestanten für den katholischen Begriff der Kirche, der Sakramente usw. tat sich unter anderem in einigen wissenschaftlichen Publikationen kund, deren Wert in ganz Holland anerkannt wird. Die Lage kann nicht besser charakterisiert werden, als durch die Tatsache, daß die zwei bedeutendsten theologischen Publikationen auf katholischer Seite von zwei ehemaligen protestantischen Theologen stammen, die zur katholischen Kirche übergetreten sind. Schon dadurch konnte es möglich werden, daß diese beiden Bücher, wie es sonst selten der Fall ist, sowohl auf katholischer wie auf protestantischer Seite mit außerordentlichem Interesse gelesen werden.

Das eine dieser beiden Bücher, „Ecclesia Catholica“ (Utrecht 1945), hat zum Verfasser eine Frau, Dr. Christine de Vogel, die ursprünglich protestantische Theologie studierte, heute Katholikin ist und als Professor für Philosophie an der Universität Utrecht wirkt. Ihr Buch ist ein Konversionsbuch und wird als solches nicht nur von Fachtheologen und -philosophen gelesen. Es konnte darum auch schon mehrere Auflagen erleben. Man darf darin kein Konversionsbuch in der üblichen Art erwarten, eine Art Seelengeschichte, die von den inneren religiösen Erfahrungen des Konvertiten berichtet. Das Neue und in gewisser Hinsicht Ergreifende des Buches liegt in der Tatsache, daß ein protestantischer Theologe mit all dem Wissen, das ihm seine theologische Schulung vermittelte, an die Quellen der Offenbarung und der Kirchenväter gleichsam noch einmal herangeht und sich jedesmal genau fragt, ob die protestantische Interpretation tatsächlich zu Recht besteht, wenn man die katholische daneben legt.